

Das Klimaziel

geschrieben von Chris Frey | 27. Juli 2018

Wenn man davon ausgeht, dass „Klima“ eine Gesamtheit meteorologischer Vorgänge über einen längeren Zeitraum beschreibt, so lässt einen das fusionierte Substantiv „Klimaziel“ einigermaßen ratlos zurück. Der Begriff ist ein Paradebeispiel neudeutscher Sprachpanscherei.

Nehmen wir es wörtlich und stellen uns vor, wie der Beschluss eines Bundeskabinetts zu einem Klimaziel aussehen müsste. Da Deutschland hinreichend groß ist, um differenzierte Klimata aufzuweisen, würden die Ziele in einer Anlage genannt und nach Regionen aufgeschlüsselt, so wie es zum Beispiel die Wärmeversorger und Heizungsprojektanten tun. Diese setzen vier Klimazonen in Deutschland an, die aber für konkrete Klimaziele zu grob gefasst wären. Folgende Formulierung ist denkbar:

„Die Bundesregierung legt die in der Anlage genannten Klimaziele für das Jahr 2030 für die einzelnen Klimazonen fest.“

„Anlage: Zone Breisgau, Bodenseeregion, Schwäbische Alb:

Sommermaximum \leq xx Grad

Winterminimum \geq - xx Grad

Jahresmittel = xx Grad

Relatives Luftfeuchtemittel = xx %

Niederschlagsmittel = xxxx mm

Durchschnittliche Sonnenscheindauer = xxxx Stunden

Windmittel = x,x m/s

Hauptwindrichtung: XX“

Dies wäre ein beschlossenes Klimaziel, das auf dem langfristigen regionalen Wetter beruht, welches zur Erreichung von Zielen irgendwie beeinflusst werden müsste.

Gemeint ist natürlich anderes. Es ist gängige Praxis, allen Vorgängen, die irgendwie mit Treibhausgasemissionen zu tun haben, den Begriff „Klima“ anzupappen. Eigentlich gehört jeder dieser Begriffe in Anführungszeichen gesetzt, aus Gründen der Lesbarkeit verzichte ich darauf.

Unpräzise Sprache verrät unpräzises Denken und öffnet den Weg zum Klimapopulismus. Komplizierte Sachverhalte zu simplifizieren und einfache Lösungen anzubieten („Abschalten“) sind Kennzeichen des

Populismus und helfen in der Realität nicht weiter. Die Basis bildet der durch Computersimulationen gestützte Gedanke, dass höhere Treibhausgasemissionen zwangsläufig zu höheren Temperaturen von Erde, Luft und Wasser führen. Damit ist zu den weiteren Klimaparametern nichts gesagt. Auch die Frage, welche Temperatur maßgebend ist, bleibt offen, denn eine messbare Globaltemperatur gibt es nicht. Nehmen wir an, am Nordpol steigt in wenigen Jahren die Temperatur um drei Grad, in der Wüste Gobi sinkt sie um drei Grad, so wäre die Globaltemperatur zwar konstant, aber regional mit gravierenden Auswirkungen verbunden.

Die schlichte Annahme, nach zu viel „Gas geben“ könne man durch „Gas wegnehmen“ die Geschwindigkeit eines Temperaturanstiegs regeln wie die eines Autos, wird dem komplizierten Gesamtsystem Atmosphäre mit ihren vielen Einflussfaktoren nicht gerecht. Der erbittert geführte und emotionalisierte Streit um das nicht mehr erfüllbare Ziel 2020 lässt sich nur damit erklären, dass dieser simplifizierte Wirkungsmechanismus derart naiv angenommen wird. Nehmen wir aber an, es wäre tatsächlich so einfach und betrachten die deutschen Klimaschutzbemühungen. Nun streiten sich Klimaschutzparteien und andere Beteiligte um eine aus etwa 70 Millionen Tonnen CO₂ zu erwartende Differenz. Das sind zirka 0,17 Prozent der globalen jährlichen anthropogenen Emissionsmenge. Dass dieser Anteil eine Atmosphärenreaktion hinsichtlich der Temperatur hervorruft, ist sehr, sehr unwahrscheinlich. Eher erscheint vor dem Bundestag ein pinkfarbenedes Einhorn auf einem Fahrrad.

Klimazeichensetzung

In Gesprächen geben unsere Klimabewegten durchaus zu, dass derart geringe Anteile keine Wirkung haben werden. Der wichtigste Antrieb für ihren Kampf besteht darin, „Zeichen setzen“ zu wollen, damit sich Deutschland als internationaler Vorreiter präsentieren kann. Sie geben hinter vorgehaltener Hand zu, dass eine fulminante Wirtschaftskrise die wirksamste Klimaschutzmaßnahme wäre. Dies wirft ein ehrliches Licht auf die vorgebliche Harmonie der vom Klimaschutz okkupierten Ökologie und der Ökonomie.

Die Abkehr von pragmatischer ergebnisorientierter Politik hin zur „Zeichensetzung“ erleben wir auch auf anderen politischen Feldern wie den Auslandseinsätzen der Bundeswehr oder der Entwicklungshilfe. Vernunftgeleitete Politik würde auf realistische Ziele ausgerichtet sein, was auf dem Energiesektor eher schlecht für die Raum greifende semistaatliche Subventionswirtschaft wäre.

In ihrer Zielfestlegung hat sich unsere Regierung grandios verschätzt und schlampig gearbeitet und das wird wie bei der Brennelementesteuer und den Reststrommengen teuer. Das neue Milliardenrisiko besteht nun darin, dass EU-Emissionsvorgaben für Verkehr und Gebäude deutlich verfehlt werden. Berechnungen zeigen, dass selbst bei moderaten Klimaschutzenerfolgen bis zu 30 Milliarden Euro an Zahlungen an die EU drohen. Dafür sind Emissionsmengen von anderen Mitgliedsländern zu

erwerben. Die Annahmen unserer Regierung zu möglichen Emissionsminderungen in den Bereichen, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, waren unrealistisch.

Der einfachere Weg, den Energiesektor weiter par ordre du mufti durch Abschaltungen von Kraftwerken zu Emissionssenkungen zu bewegen (obwohl diese bisher fast ausschließlich aus diesem Sektor kamen) birgt wiederum die Gefahr von Schadenersatz an die Konzerne. Zeichensetzen kann teuer werden.

Auch die Klimaziele des Pariser Vertrags 2015 scheinen schon veraltet. Neue energiehungrige Technologien wie die Kryptowährungen sind nicht berücksichtigt. Der Bitcoin klettert derzeit auf einen Kurs von mehr als 7.500 Dollar, der zu seiner Erstellung nötige Strombedarf ist erheblich und wächst anscheinend ungebremst. Für 2018 schätzt man den Aufwand weltweit auf etwa 140 Terawattstunden, was dem Jahresbedarf Argentiniens entspricht oder 0,6 Prozent des weltweiten Stromverbrauchs. Das klingt zunächst nicht viel, aber der Gradient ist erheblich.

42.000 Kilowattstunden sind gegenwärtig nötig, um einen einzigen Bitcoin zu „schürfen“. Zum Vergleich: Ein Dreipersonenhaushalt braucht etwa 3.500 Kilowattstunden – pro Jahr. Auch die steigende Weltbevölkerung, 11 Milliarden im Jahr 2050, scheint im Pariser Vertrag nicht dezidiert abgebildet. Es handelt sich bei ihm um eine Zusammenstellung von Absichtserklärungen der einzelnen Staaten.

Was Deutschlands nicht erreichte Ziele angeht, ist die beschriebene Emissionslücke nicht einsam. Auch eine Million E-Fahrzeuge werden wir 2020 nicht auf unseren Straßen sehen. Die Senkung der Verkehrsemissionen beträgt ziemlich genau Null, auch hier eine erhebliche Zielabweichung. Das Kanzlerinnenziel von 2011, die EEG-Umlage bei 3,5 Cent pro Kilowattstunde zu halten, wurde ebenso nicht erfüllt.

Erfolgserlebnisse sind organisierbar. Wenn politische Ziele in Serie nicht erreicht werden, könnte man sich mit einem Beschluss zu den Uhrzeiten der Sonnenauf- und -untergänge Mut machen. Er würde vermutlich erfolgreich umgesetzt – wenn man sich an den Kalender hält.